

Postulat Anne Wegmüller (JA!): Unterstützung statt Vertreibung der wertvollen Gassenküchen

Der Gemeinderat hat heute bekannt gegeben, dass er die Essensabgabe der SchülerInnen-Koordination und der Elternvereinigung im Umfeld des Bahnhofes während und nach dem Umbau des Bahnhofplatzes nicht länger zulassen wird. Die Gassenküche solle ihre Essensausgabe im Hof neben der Kontakt- und Anlaufstelle Hodlerstrasse durchführen. Die Elternvereinigung soll in der Baracke für Alkoholabhängige, ebenfalls am Bollwerk, untergebracht werden. Ausserdem will der Gemeinderat die Gassenküchen nur noch an bewilligten Standorten akzeptieren. Er droht ansonsten mit repressiven Mitteln die Essensabgaben zu verhindern.

Klar ist, dass während der Umbauphase des Bahnhofplatzes auch für den Betrieb der Gassenküchen Einschränkungen in Form von vorübergehenden Ersatzstandorten in Kauf genommen werden müssen. Doch ist es unverständlich, dass der Gemeinderat den Umbau vom Bahnhofplatz zum Anlass nimmt, um der Gassenküche einen neuen Standort zuzuweisen.

Die Gassenküchen leisten seit Jahren äusserst wertvolle niederschwellige Angebote. Mit dem Entscheid des Gemeinderates wird diese grosse sozialarbeiterische Arbeit nicht gewürdigt. Die Gassenküchen werden im Gegenteil als lästig abgetan und an einen weniger zentralen Ort weggewiesen.

Die Junge Alternative JA! ist überzeugt, dass der Entscheid des Gemeinderats der Vision eines ästhetischen und sterilen Bahnhofplatzes nacheifert. Dies bedeutet in der Realität, dass alle unliebsamen Erscheinungen auch mit repressiven Mitteln entfernt werden sollen. Eine Aus-den-Augen-aus-dem-Sinn-Politik, welche keine Probleme löst, sondern weitere schafft.

Die Junge Alternative JA! schätzt die vom Gemeinderat geplante Verlagerung als äusserst problematisch ein. Die Situation am Bollwerk, bei der Anlaufstelle an der Hodlerstrasse und vor der Reitschule ist aus drogenpolitischer Sicht bereits jetzt sehr schwierig. Es kann nicht sein, dass die Stadt Bern ein Interesse daran hat, viele drogensüchtige und auf der Gasse lebenden Menschen in den Raum Bollwerk/Reitschule zu verbannen. Dies bedeutet für die Reitschule als Kulturinstitution eine weitere Erschwerung des Betriebs.

Die Junge Alternative JA! bittet den Gemeinderat deshalb, folgende Anliegen zu prüfen:

1. Im Gespräch mit der SchülerInnenkoordination und der Elternvereinigung nach passenden Ersatzstandorten für die Zeit der Umbauphase des Bahnhofplatzes zu suchen.
2. Die wöchentlichen Essensabgaben der beiden Gassenküchen nach der Intensivbauphase des Bahnhofplatzes wiederum an einem zentralen Ort in der Innenstadt im Umfeld des Bahnhofs zu ermöglichen.
3. Keine polizeiliche Repressionsmassnahmen gegen die Gassenküchen als wichtige soziale Organisationen der Stadt Bern zu ergreifen.
4. Falls der Gemeinderat an seiner Entscheidung festhält: Massnahmen, welche nicht repressiv sind, zu ergreifen, um die Reitschule als Kulturbetrieb vor den negativen Folgen der Drogen- und Dealszene im Bereich Bollwerk/Schützenmatte zu schützen.

Postulat Anne Wegmüller (JA!), Hasim Sancar, Christine Michel, Cristina Anliker-Mansour, Myriam Duc, Urs Frieden, Simon Röthlisberger, Natalie Imboden

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat hat im April 2007 beschlossen, den verschiedenen privaten Essensabgaben im Bahnhofrayon andere Standorte zuzuweisen. Hauptgründe für diesen Beschluss waren die unhaltbaren Zustände im unmittelbaren Umfeld der Essensabgaben sowie der Bahnhofumbau. Vor allem bei den Essensabgaben der SchülerInnenkoordination am Sonntagabend und der Elternvereinigung drogenabhängiger Jugendlicher am Montagabend wurde massiv öffentlich gedealt und gefixt.

Zu den einzelnen Anliegen des Postulats nimmt der Gemeinderat wie folgt Stellung:

Zu Punkt 1:

Gespräche haben sowohl mit der SchülerInnenkoordination wie mit der Elternvereinigung stattgefunden. Mit der Elternvereinigung und dem Verein Gasseznacht konnte in konstruktiven Verhandlungen ein Ersatzstandort im Aufenthaltsraum für Alkoholabhängige gefunden werden. Der Standort bewährt sich, die Essensabgaben führen zu keinen Problemen mehr. Ab April 2008 zügelt der Aufenthaltsraum für Alkoholabhängige an seinen definitiven Standort auf der Bahnhofperronplatte Ost und steht für Essensabgaben nicht mehr zur Verfügung. Die Gespräche betreffend einen definitiven Standort für die Essensabgaben laufen.

Mit der SchülerInnenkoordination konnte keine Einigung erzielt werden. Sie hat bisher den vom Gemeinderat vorgeschlagenen Standort im Hof neben der Anlaufstelle an der Hodlerstrasse abgelehnt. Die Gespräche wurden sistiert.

Zu Punkt 2:

Der Gemeinderat wird auch nach der Intensivbauphase des Bahnhofplatzes nicht mehr bereit sein, die Essensabgaben im öffentlichen Raum, insbesondere im Umfeld des Bahnhofs zu tolerieren. Er beauftragte deshalb die Verwaltung mit der Suche nach einem geschützten, möglichst gedeckten Raum im Innenstadtbereich für die Essensabgabe der Elternvereinigung und des Vereins Gasseznacht, der den verschiedenen Organisationen zur Verfügung gestellt werden soll. Dieser Ort, der sich nicht im öffentlichen Raum befinden wird, soll es den randständigen Menschen ermöglichen, in Ruhe und in geschütztem Rahmen zu essen. Für die Essensabgabe am Sonntagabend bleibt der Standort der Hof neben der Anlaufstelle Hodlerstrasse.

Zu Punkt 3:

Die Polizei wird weiterhin intervenieren, wenn die öffentliche Ordnung gestört wird, illegale Handlungen geschehen oder Weisungen des Gemeinderats missachtet werden. Die polizeilichen Interventionen werden dabei nach dem Prinzip der Verhältnismässigkeit erfolgen, situativ, von Fall zu Fall sorgfältig geprüft und abgewogen werden.

Zu Punkt 4:

Seit 1. September ist die Anlauf- und Kontaktstelle für Drogenabhängige auch am Sonntag während vier Stunden, von 16.00 bis 20.00 Uhr, offen. Diese Massnahme entlastet das Umfeld der Reitschule spürbar. Zudem ist PINTO stark vor der Reitschule präsent. Im Rahmen dieser Präsenz laufen auch Gespräche zwischen PINTO und der IKUR für gemeinsame Aktionen. Weiter wurden in enger Zusammenarbeit mit der IKUR verschiedene bauliche Massnahmen (u.a. Beleuchtung) realisiert. Es braucht aber nach wie vor ausgeprägt auch repressive

Massnahmen, die sich vor allem auch gegen den Deal wenden. Ohne Repression würde die Situation eskalieren, sodass es gar nicht mehr möglich wäre, die Situation mit sozialen Massnahmen spürbar zu entlasten.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat abzulehnen.

Bern, 31. Oktober 2007

Der Gemeinderat